



von Helmut Markwort

Wie zwei Spitzenpolitiker fahrlässig Gewalt verharmlosen

Montag

Messer werden nicht nur zum Brotschneiden verwendet. Messer sind auch Waffen. In Kriminalstatistiken ist zu lesen, dass Delikte mit „Stichwaffen“ zunehmen. Die Täter und Tatverdächtigen sind vor allem junge Männer zwischen 14 und 39 Jahren. In der öffentlichen Wahrnehmung sind an diesen Messerattacken Flüchtlinge überdurchschnittlich beteiligt.

Belege für diese Vermutung liefert das Innenministerium von Baden-Württemberg. Im Jahr 2016 war die Zahl nicht deutscher Tatverdächtiger deutlich höher als die deutscher. Seit der Flüchtlingskrise von 2015 ist auch der Anteil der Fälle aus der Kategorie „Asylbewerber/Flüchtlinge“ deutlich angestiegen. Diese Tendenz ist bundesweit zu beobachten. Die Gewerkschaft der Polizei verlangt eine Auswertung, um die Täter nach Regionen, Geschlecht und Herkunft sortieren zu können.

Das Thema ist brisant. Während im Bundesrat über ein Messerverbot an öffentlichen Plätzen diskutiert wird, haben zwei führende deutsche Politiker fahrlässig mit der Waffe Messer gespielt.



Messerhelden NRW-Ministerpräsident Laschet und Freie-Wähler-Chef Aiwanger

Hubert Aiwanger, stellvertretender Ministerpräsident in Bayern und Bundesvorsitzender der Freien Wähler, hat sich öffentlich als Messer-Fan geoutet. In einer Rede vor Jägern und Schützen sagte er tatsächlich: „Ich bin überzeugt, Bayern und Deutschland wären sicherer, wenn jeder anständige Mann und jede anständige Frau ein Messer in der Tasche haben dürfte, und wir würden die Schwermkriminalen einsperren.“

Keiner wird ihm widersprechen, dass Schwermkriminalen ins Gefängnis gehören, aber die Forderung nach Messern für alle ist verantwortungslos und provokant.

Einen Waffenbruder Aiwangers im Geiste erlebte der Deutschlandtag der Jungen Union. Armin Laschet, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen und einer der möglichen Kanzlerkandidaten der CDU, wollte offenbar die Stimmung zu seinen Gunsten anheizen mit der Aussage, es sei richtig, „die AfD bis aufs Messer zu bekämpfen“.

Die aggressive Parole ist nicht oft zitiert worden. Man stelle sich vor, irgendein Politiker der AfD oder gar eine führende Figur vom Kaliber Laschets hätte gegen die politischen Wettbewerber den „Kampf bis aufs Messer“ ausgerufen. Die anderen Parteien hätten wochenlang „Skandal“ geschrien, und in einer Serie von Talkshows wäre der Redner verdammt und die Partei isoliert worden.

Vom Messerhelden Laschet war wenig zu lesen. Er wurde geschont, obwohl er mit seinem Spruch Gewalt verharmlost und verherrlicht hat.

In demokratischen Auseinandersetzungen haben Messer nichts zu suchen. Das muss für alle Parteien gelten.



Kühner Rechner Bundesbank-Präsident Jens Weidmann plädiert für spätere Renten

Dienstag

Keine Partei hätte gewagt, diese Rechnung zu veröffentlichen. Sie hätte sie sofort im Tresor verschwinden lassen. Die Angst vor den Wählern ist der Feind der Wahrheit. Die Währungshüter der Bundesbank müssen sich vor den Bürgern nicht fürchten. Sie haben sie uns vorgerechnet: Die Deutschen können erst später in Rente. Weil wir älter werden und länger von der Rente profitieren, muss der Rentenbeginn verschoben werden. Ab 2032 um einen Dreiviertelmonat pro Jahr. Ab Mai 2070 wäre dann ein Rentenbeginn mit fast 70 Jahren erreicht. Die Simulation ist schwer zu widerlegen.

Was die Rentenkommission der Regierung verändern kann, ist die wachsende Besteuerung der Renten. Sie könnte den Rentenfreibetrag ab 2020 nicht weiter sinken lassen und außerdem jenen helfen, die neben der Rente noch andere Einkünfte beziehen. Sie werden derzeit von der Progression bestraft.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.